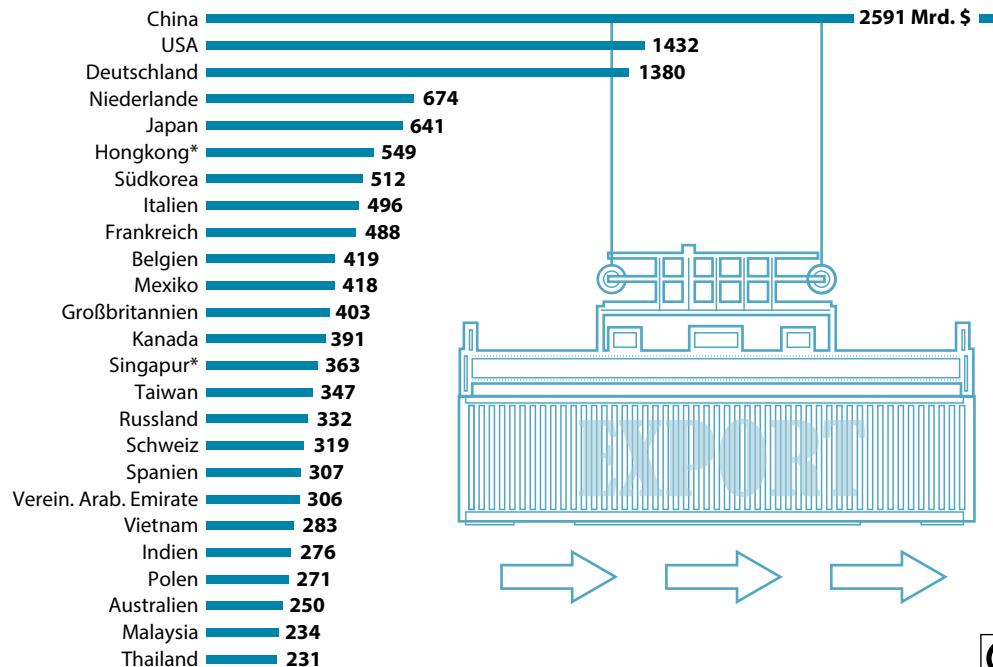


Die größten Exporteure der Welt

Ausfuhren im Jahr 2020 in Milliarden US-Dollar



Quelle: WTO *einschl. Transitwaren

© Globus 014747

China bleibt Export-Weltmeister

Die weltweiten Exporte erreichten im Jahr 2020 einen Wert von 17,6 Billionen US-Dollar; das waren 1,4 Billionen Dollar oder fast acht Prozent weniger als im Jahr 2019. Der Grund für diesen massiven Rückgang war die Corona-Pandemie und in deren Folge der Konjunktureinbruch weltweit. Mit Ausfuhren in Höhe von 2591 Milliarden Dollar konnte China den Titel „Export-Weltmeister“ verteidigen und sogar ausbauen, denn gegen den weltweiten Trend nahmen die Exporte im Vergleich mit dem Vorjahr um gut 90 Milliarden Dollar zu. Die USA exportierten Güter im Wert von 1432 Milliarden Dollar, das sicherte ihnen den zweiten Platz. An dritter Stelle steht Deutschland mit Exporten in Höhe von 1380 Milliarden Dollar. Zusammen vereint dieses „Spitzentrio des Welthandels“ fast ein Drittel der weltweiten Ausfuhren auf sich (31 Prozent aller Exporte).

Quelle: Welthandelsorganisation (WTO; <http://dpaq.de/fsSBk>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022

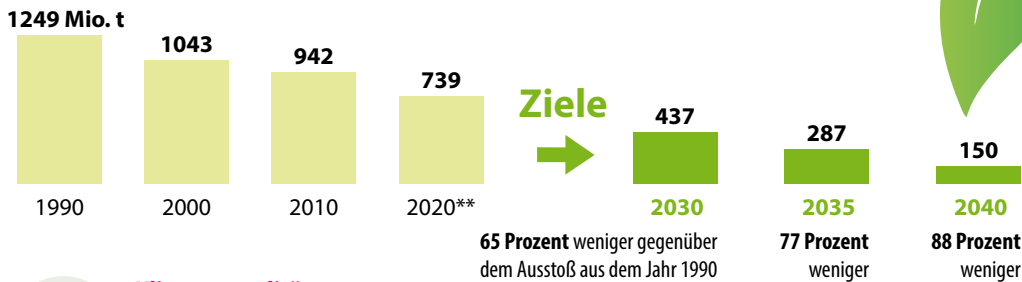
Siehe auch Grafik: 014644 Plus und Minus im deutschen Außenhandel, 014497 Deutschlands wichtigste Handelspartner, 014481 Deutschlands Außenhandel

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Ira Kugel

Die Klimaziele Deutschlands

Das Klimaschutzgesetz setzt folgende Ziele fest:

Treibhausgasemissionen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten*



Klimaneutralität

Gleichgewicht zwischen Emissionen und deren Abbau, d. h. Deutschland darf nur so viele Treibhausgase ausstoßen, wie durch die Einbindung von Kohlenstoff (z. B. in Wäldern und Mooren) wieder abgebaut werden können.



negative Emissionen, d. h. Deutschland bindet mehr Treibhausgase in natürlichen Senken (Wäldern, Mooren u. ä.), als es ausstößt

*Treibhausgase neben dem Kohlendioxid wurden in CO₂ umgerechnet

**Schätzung

Quelle: Bundesumweltministerium, Umweltbundesamt, eigene Berechnung

Stand Juli 2021



Klimaneutrales Deutschland bis 2045

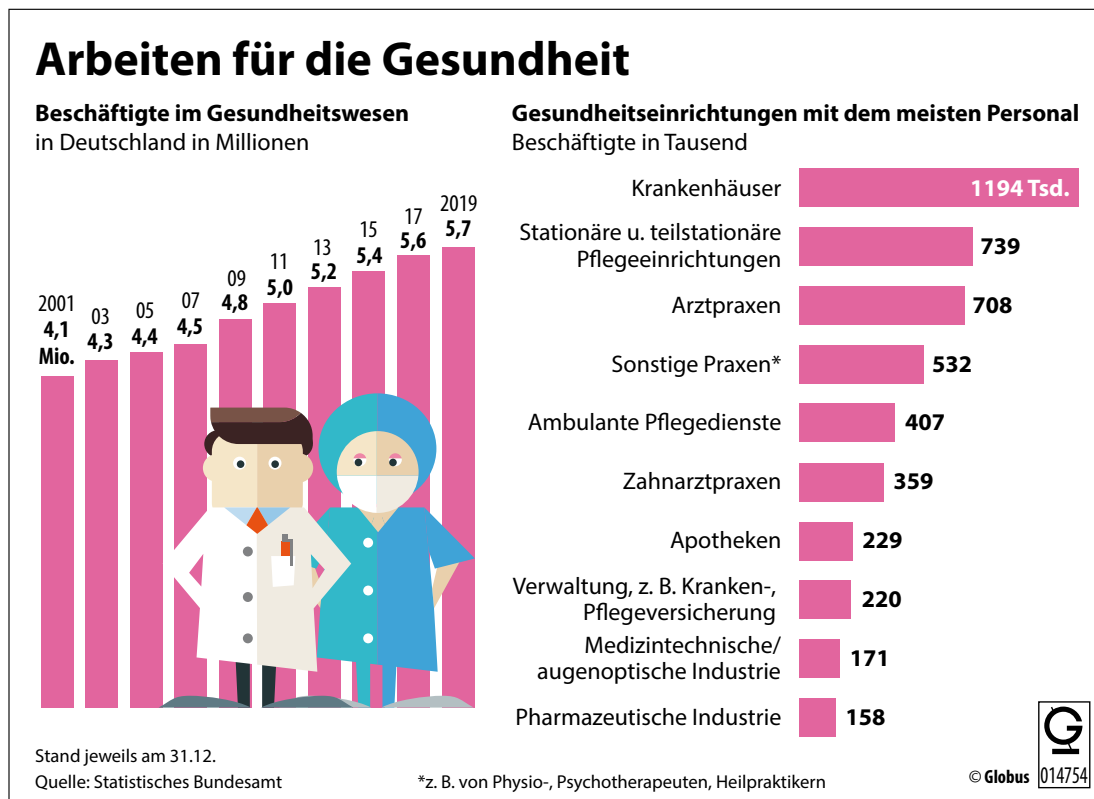
Deutschland hat sich neue Ziele zum Klimaschutz gesetzt. Bis zum Jahr 2045 soll Deutschland klimaneutral sein, d. h. der Ausstoß und der Abbau von Treibhausgasen müssen bis dahin ausgeglichen sein. Auf dem Weg dorthin sieht das veränderte Klimaschutzgesetz einige Etappenziele vor: Im Jahr 2030 soll der Ausstoß von Treibhausgasen um 65 Prozent gegenüber dem Niveau aus dem Jahr 1990 reduziert werden. Für das Jahr 2040 gilt ein Minderungsziel von mindestens 88 Prozent. Nach dem Jahr 2050 strebt Deutschland negative Emissionen an. Dann sollen mehr Treibhausgase in natürlichen Senken wie Wäldern und Mooren eingebunden als ausgestoßen werden.

Quelle: Bundesregierung (<http://dpaq.de/4aT00>), Bundesumweltministerium (<http://dpaq.de/g2Tpn>), Umweltbundesamt (<http://dpaq.de/OGhVe>)

Datenerhebung: Stand Juni 2021

Siehe auch Grafik: 014740 Die Luftqualität in Europas Städten, 014717 Feinstaubbelastung in der EU, 014703 Wasserstoff als umweltfreundlicher Energieträger, 014692 Geschützte Natur auf den Kontinenten, 014683 Geschützte Natur, 014670 Treibhausgase in Deutschland

Grafik: Athanassios Zafirlis; **Redaktion:** Sophie Lauterbach, Ira Kugel



Mehr Beschäftigte im Gesundheitswesen

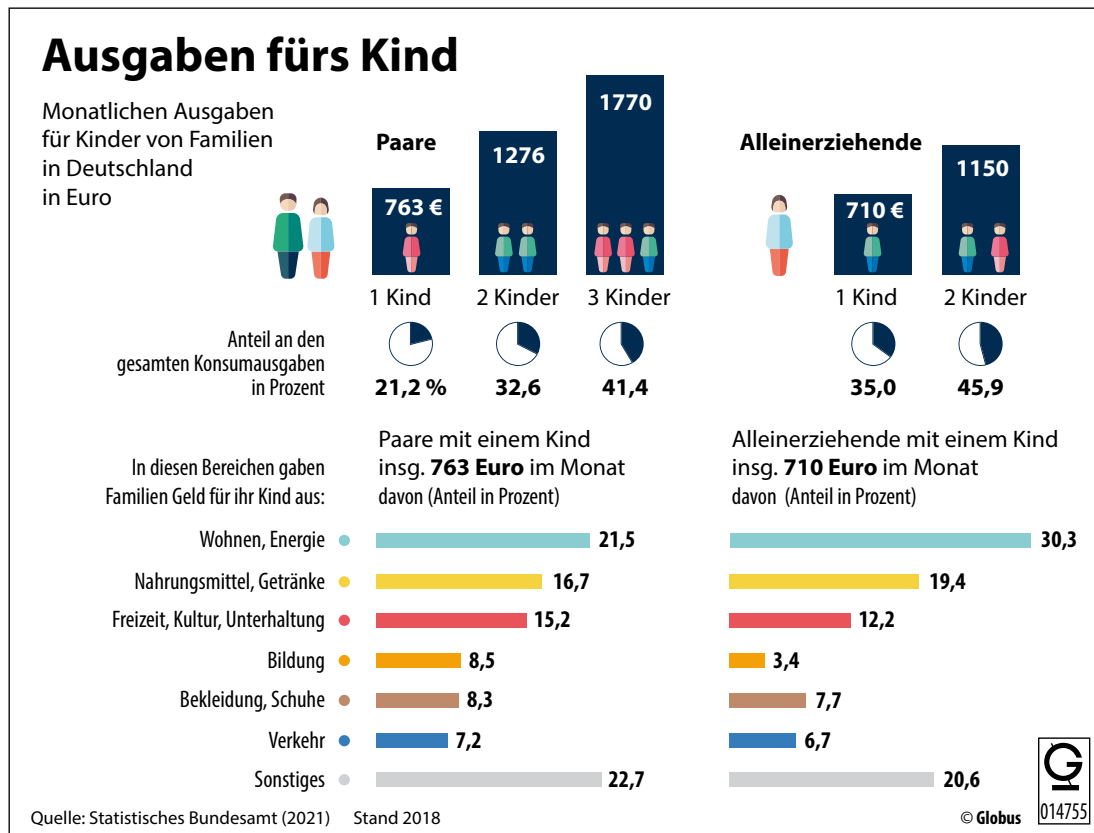
In der Corona-Krise verdient das medizinische Personal in Deutschland derzeit höchste Anerkennung. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich die Bedeutung eines gut funktionierenden Gesundheitssystems. Um dieses am Laufen zu halten, arbeiteten Ende 2019 insgesamt 5,7 Millionen Menschen in den zugehörigen Einrichtungen. Seit Ende 2001 ist ihre Zahl um rund 40 Prozent gestiegen. Einen besonders hohen Anstieg der Arbeitsplätze verzeichnete das Statistische Bundesamt in diesem Zeitraum bei ambulanten Pflegediensten und bei medizinischen Praxen, die nicht zu den üblichen Arzt- oder Zahnarztpraxen zählen. Dazu gehören beispielsweise Physiotherapeuten, Masseur, Sprachtherapeuten, Hebammen oder Psychotherapeuten. In diesem Bereich waren Ende 2019 mit rund 532 000 Personen mehr als doppelt so viele Menschen beschäftigt wie Ende 2001. Ein Rückgang der Beschäftigten wurde im selben Zeitraum nur beim Gesundheitsschutz sowie in der Verwaltung registriert.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/bH77Z>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Frühjahr 2022

Siehe auch Grafik: 014727 Organspender in Deutschland, 014712 Ausgaben für die Gesundheit, 014680 Videosprechstunden beim Arzt, 014656 Sterbehilfe: Rechtslage in Europa, 014580 Der Preis für die Gesundheit

Grafik: Fred Bökelmann, Anna Rigamonti; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte, Sophie Lauterbach



Wohnen und Essen machen fast die Hälfte der Kosten aus

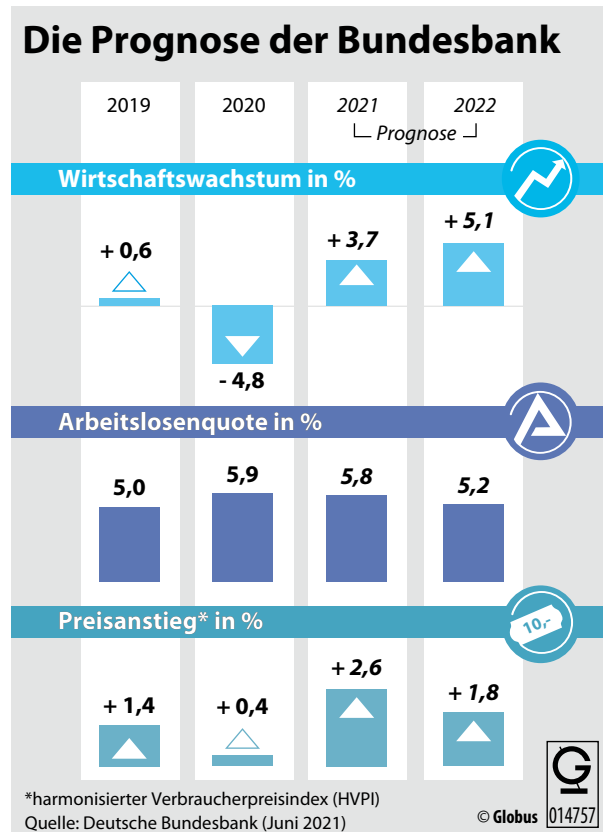
Durchschnittlich 763 Euro im Monat gaben Paare mit einem Kind in Deutschland im Jahr 2018 für ihr Kind aus. Damit machen die Ausgaben für das Kind mehr als ein Fünftel der gesamten Konsumausgaben dieser Familien aus. Alleinerziehende Mütter oder Väter mit einem Kind gaben mit durchschnittlich 710 Euro etwas weniger im Monat aus als Paare. Allerdings hatten die Ausgaben fürs Kind bei ihnen einen Anteil von 35 Prozent an den gesamten Konsumausgaben. Noch höher war der Anteil der Kinderkosten bei Familien mit drei Kindern und Alleinerziehenden mit zwei Kindern. Das ist nicht verwunderlich. Familien mit vielen Kindern brauchen größere Wohnungen, mehr Lebensmittel und für die Kinder häufiger neue Kleidung. Das meiste Geld wird fürs Wohnen und Essen benötigt. Bei Alleinerziehenden machten diese beiden Posten fast 50 Prozent des Kinderbudgets aus. Das geht aus der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ des Statistischen Bundesamtes hervor. Drei Monate lang führen etwa 0,2 Prozent aller privaten Haushalte ein Haushaltsbuch, in das sie alle Einnahmen und Ausgaben eintragen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/Ko3Yr>)

Datenerhebung: alle 5 Jahre, voraussichtlich nächste Daten 2026

Siehe auch Grafik: 014718 Wer hat Schulden?, 014686 Der private Konsum, 014613 Markenartikel - Von Kindern gewünscht, von Eltern gekauft, 014548 Der Konsum-Knick

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Sophie Lauterbach



Nachholeffekt beim privaten Konsum

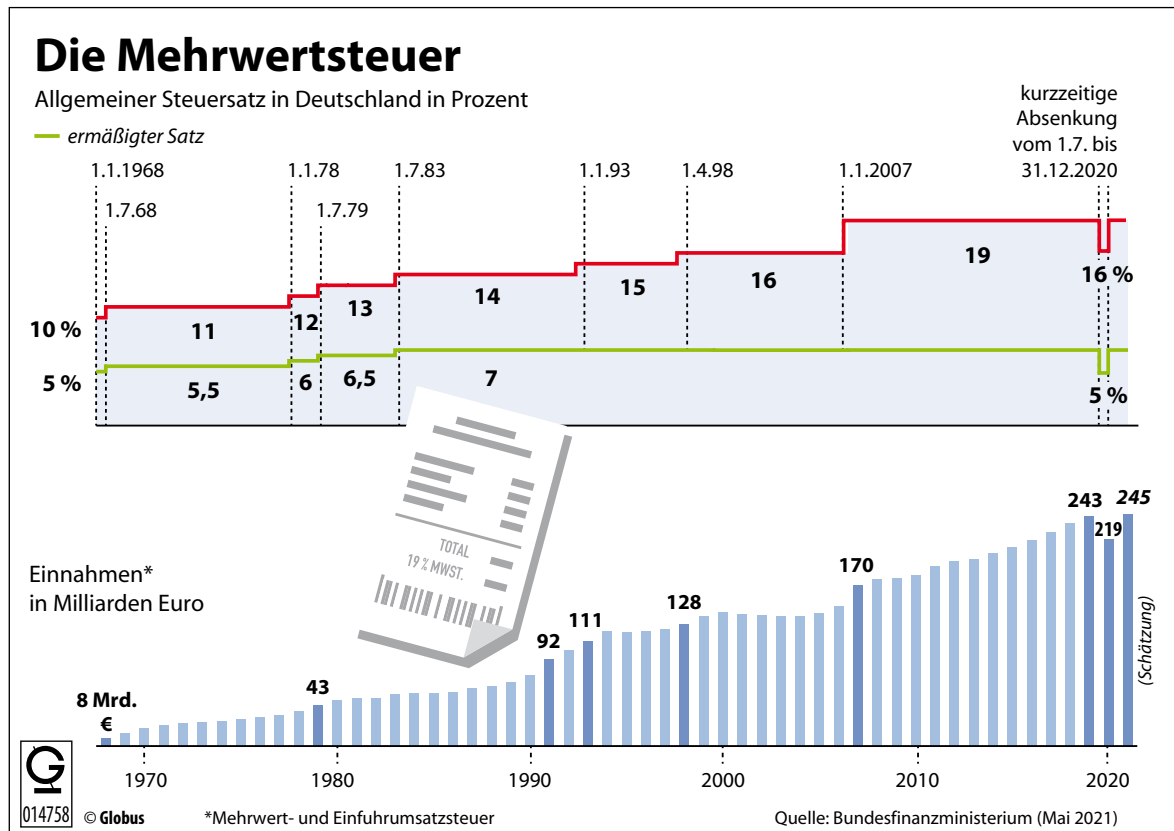
Die Deutsche Bundesbank zeigt sich in ihrer jüngsten Konjunkturprognose optimistisch. Nach der schweren coronabedingten Rezession im Jahr 2020, die Deutschlands Wirtschaftsleistung um fast fünf Prozent schrumpfen ließ, erwarten die Experten der Bundesbank für 2021 ein Wachstum von 3,7 Prozent. Im Jahr 2022 könnte das Wachstum sogar 5,1 Prozent betragen. Getragen wird der Aufschwung vor allem durch die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Im Coronajahr 2020 haben viele Verbraucherinnen und Verbraucher weniger Geld für den Konsum ausgegeben – weil sie beispielsweise in Kurzarbeit waren, aber auch mangels Möglichkeiten, da viele Einzelhandelsgeschäfte und Gaststätten geschlossen waren ebenso wie beispielsweise Kinos, Theater oder Hotels. Der erwartete Nachholeffekt wird den privaten Konsum deutlich anziehen lassen und so auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum befeuern. Für Verbraucher weniger erfreulich ist das Anziehen der Inflation. Sie könnte im Jahresdurchschnitt 2021 bei 2,6 Prozent liegen. Dieser Anstieg beruht aber zum Teil auf Sondereffekten. So war der Preis für Rohöl auf dem Weltmarkt im ersten Halbjahr 2020 regelrecht eingebrochen. Nun hat er wieder das Niveau vor der Coronakrise erreicht. Ähnliches gilt für die Mehrwertsteuer, die in der zweiten Jahreshälfte 2020 gesenkt worden war. Seit Anfang 2021 gelten wieder die alten, höheren Steuersätze.

Quelle: Deutsche Bundesbank (<http://dpaq.de/PfaUJ>)

Datenerhebung: Stand Juni 2021

Siehe auch Grafik: 014758 Die Mehrwertsteuer, 014559 Das Auf und Ab der Wirtschaft, 014449 Die Verbraucherpreise in Deutschland

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink



Einnahmen aus der Mehrwertsteuer um 24 Milliarden Euro gesunken

Was auch immer gekauft wird, ob Smartphone oder Waschmaschine, Anzug oder Kleiderschrank, es unterliegt in Deutschland der Mehrwertsteuer (auch Umsatzsteuer genannt). Auf den Verkaufspreis wurden bisher 19 Prozent Steuer aufgeschlagen, die der Händler direkt an den Staat abführt. Im Rahmen des Konjunkturprogramms, das Wirtschaft und Verbraucher nach dem Corona-Lockdown wieder in Schwung bringen soll, wurde der allgemeine Mehrwertsteuersatz – befristet vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 – auf 16 Prozent gesenkt. Der ermäßigte Steuersatz, der zum Beispiel bei Lebensmitteln und Büchern, aber auch für Hotelübernachtungen gilt, sank befristet von sieben auf fünf Prozent. Durch diese Senkung, aber auch durch die schwere Rezession und die Kaufzurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher brachen die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer im Jahr 2020 drastisch ein. Mit 219 Milliarden Euro lagen sie 24 Milliarden Euro unter dem Vorjahreswert. Seit Jahresbeginn 2021 gelten wieder die alten Steuersätze. Das und die wieder steigende Kauflaune der Verbraucher werden nach der aktuellen Steuerschätzung dazu führen, dass die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer wieder das Vorkrisenniveau erreichen oder sogar leicht übertreffen werden.

Quelle: Bundesfinanzministerium (<http://dpaq.de/UCwk8>, <http://dpaq.de/h96y7>)

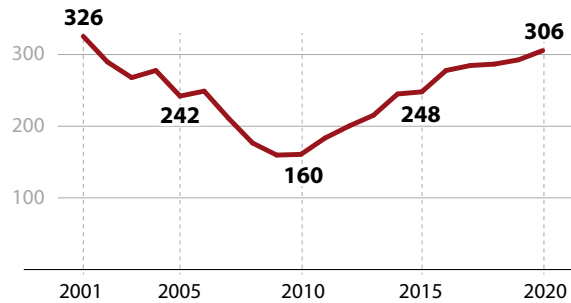
Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: 2022

Siehe auch Grafik: 014671 Die Steuerschätzung, 014695 Steuereinnahmen, 014609 Steuerspirale 2020

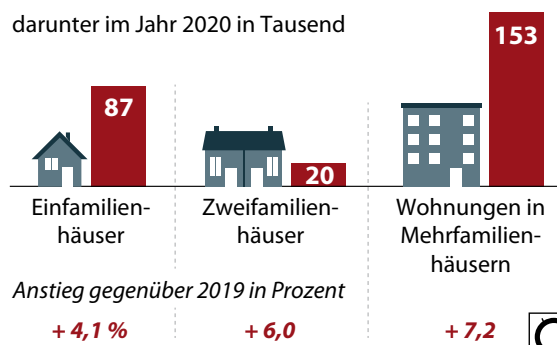
Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Ira Kugel

Die neuen Wohnungen

Fertigstellungen in Tausend



darunter im Jahr 2020 in Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt

© Globus 014759

Höchster Wert seit 2001

Rund 306 000 Wohnungen wurden im Jahr 2020 in Deutschland fertiggestellt. Das ist der höchste Stand seit dem Jahr 2001; damals wurden etwa 326 000 neue Wohnungen gezählt. Trotz der Corona-Pandemie wurden 2020 fast fünf Prozent mehr Wohnungen fertiggestellt als im Vorjahr. Besonders viele neue Wohnungen entstanden in Mehrfamilienhäusern; dort nahmen die Fertigstellungen um mehr als sieben Prozent auf 153 000 zu. Zugleich wurden rund 87 000 neue Einfamilienhäuser (plus 4,1 Prozent) fertiggestellt; in Zweifamilienhäusern entstanden 20 000 neue Wohnungen. Neben den Neubauten gab es auch knapp 33 000 Wohnungen, die in bereits bestehenden Gebäuden entstanden, zum Beispiel durch den Ausbau von Dachgeschossen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/NJatr>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Mitte 2022

Siehe auch Grafik: 014555 Baugenehmigungen, 014476 Wer finanziert den privaten Wohnungsbau?, 014472 Die Situation am Wohnungsmarkt, 014456 So läuft's am Bau

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Ira Kugel